



Von Christian Grünert

# "Quasselbude" und Schaubühne

## Die extreme Rechte und die Parlamente

Nichts macht bekanntlich so attraktiv wie der Erfolg. Daher ist erklärbar, dass neonazistische Aktivisten nach den Wahlerfolgen der NPD in die Partei drängen. Aber sind es nur diese Erfolge und damit die Aussicht, an die "Fleischtöpfe" des Parlamentsbetriebs zu gelangen, der die Neuzugänge zum Parteieintritt bewegt? Wollen sie jetzt auf demokratischem Wege die Macht erobern, um die Demokratie dann abzuschaffen? Oder richten sich die NPDler oder andere Rechtsparteien gar nach demokratischen Spielregeln und akzeptieren diese? Wie ist das grundsätzliche Verhältnis der extremen Rechten zum Parlamentarismus? Ist das Parlament nur eine Schaubühne, oder versuchen die rechten Akteure auch über konkrete politische Arbeit, eine lokale Basis zu gewinnen und eine Verankerung zu erreichen?

### "Das System" als Chiffre

Der Bezugspunkt einer extrem rechts motivierten Gesellschaftskritik ist bekanntlich die Volksgemeinschaft. Dieser Vorstellung einer rassistisch determinierten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ist im Weltbild der extremen Rechten der Begriff des "Systems" dual entgegengesetzt. Der Terminus muss als rechtsextreme Chiffre für sozioökonomische und kulturelle Widersprüche innerhalb liberaler Demokratien unter den Bedingungen des Kapitalismus gelesen werden. Dabei geht er weit über eine Kritik des Parlamentarismus hinaus. Unter Bezug auf das Vokabular des Nationalsozialismus, in dem die Weimarer Republik als "Systemzeit" apostrophiert wurde, umfasst er die Gesamtheit jener Vergesellschaftungs- und Entfremdungsprozesse des zurückliegenden 20. Jahrhunderts, die in

der völkischen Ideologie eine antisemitische, antiliberale und antimarxistische Deutung erfahren. Somit wird unter "System" auch heute in der extremen Rechten das vorgeblich aufeinander abgestimmte manipulative Handeln der Akteure des Systems gegenüber dem als überzeitlichem Kontinuum begriffenen "Volk" verstanden. Das Parlament ist in dieser hermetischen Sichtweise nur einer von vielen möglichen Schauplätzen der Selbstinszenierung dieser Akteure. Dabei ist es letztlich egal, ob es sich bei diesen um Politiker, Unternehmer, Richter oder Journalisten handelt.

### Die "Quasselbude"

Das Weltbild der extremen Rechten ist von Schwarz-Weiß- und Führerdenken geprägt. Graustufen, Diskussionen und Kompromisse gehören nicht zu diesem Weltbild. Hier setzt sich der Stärkere durch, er ist Ausdruck der Volksgemeinschaft und agiert angeblich zu ihrem Besten. Der Begriff der Aktion hat einen hohen Stellenwert in der extremen Rechten, er bildet das ideologische Gegenstück zur Diskussion. Diskussion ist das Synonym für Unnützes, Unkonkretes, Unentschlossenes und Weibisches. Allein schon aus diesen Grundpositionen heraus lehnt die extreme Rechte den Parlamentarismus als solches ab. Das Parlament gilt hier als Quasselbude, wirkliche Politik wird nur von großen Männern gemacht, die als Führungspersonen einsame Entscheidungen durchsetzen. Als Vorbilder werden in der extremen Rechten regelmäßig **Otto von Bismarck** und selbstverständlich **Adolf Hitler** präsentiert.

### Parlamentarismus als Mittel

Hitler kam legal, ohne Revolution, durch Wahlen an die Macht. Ihm wurde die Macht übergeben. Hier von "Machtergreifung" zu reden, verwischt die historischen Tatsachen und versucht das Wahlvolk der Deutschen aus der Verantwortung zu entlassen. Da schon Hitler mittels Wahlen an die

Macht kam, setzten zumindest Teile der extremen Rechten auch nach 1945 auf die parlamentarische Karte. Teilweise mit Erfolg. In den 1960er Jahren gelang der NPD der Einzug in eine Reihe von Landtagen, für die Bundestagswahl 1969 sagten Prognosen etwa 9 % für die NPD voraus. Tatsächlich erreichte die NPD nur 4,3 % der Stimmen. Gründe dafür waren die ablehnende Berichterstattung durch die Medien und die Arbeit von AntifaschistInnen, die immer wieder auf den neonazistischen Charakter der NPD hinwiesen.

Bei vielen NPDlern machte sich nach der Wahlniederlage das Gefühl breit, dass mit Wahlen und Parteiarbeit nichts zu erreichen sei. Daraus folgte eine Umorientierung. Ein Teil radikalisierte sein Aktionsrepertoire, organisierte sich in Wehrsportgruppen und propagierte den militanten Kampf. Ein anderer Teil favorisierte das Agieren im so genannten "vorpolitischen Raum" und gründete die "Neue Rechte", die versuchte, über das Prägen von Begriffen in der außerparlamentarischen Bewegung Einfluss zu gewinnen. Ob mit Partei oder ohne: Dies war also zu den unterschiedlichen Zeiten eher eine Frage der Strategie als des grundsätzlichen Standpunktes.

### Neues aus der NPD

In der NPD wurde in den vergangenen Jahren eine intensive Debatte über Sinn und Zweck parlamentarischer Arbeit geführt. So präsentierte **Jürgen Schwab** in der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* unter Bezugnahme auf den NS-Staatsrechtler **Carl Schmitt** den Parlamentarismus als Instrument der Alliierten, "eine am Gemeinwohl des Staatsvolkes orientierte Regierungspolitik bei den Besiegten präventiv zu verhindern.[...] Das Parlament ist das Instrument der internationalen Finanzoligarchie".

Kernpunkt in der rechtsextremen antiparlamentarischen Argumentation ist somit eine Agententheorie, die das Parlament als Instrument fremder, dem Begriff der "Volksouveränität"

entgegengesetzter Interessen sieht. In der von Carl Schmitt geprägten politischen Theorie der extremen Rechten in Bezug auf den Parlamentarismus existiert keine Legitimität individueller oder partikularer Interessen, sondern nur das statisch verstandene Existenzrecht des Staates und des volksgemeinschaftlich begriffenen Staatsvolkes.

Dies berücksichtigend wird verständlich, weshalb rechtsextreme Abgeordnete das Parlament ursprünglich nicht als eigentlichen Ort der Politik, sondern lediglich als Podium für die eigene Propaganda und materielle Ressourcenquelle betrachten.

Dennoch entwickelt die Präsenz einer extrem rechten, in ihrem Selbstverständnis systemantagonistischen Partei im Parlament eine nicht intendierte Eigendynamik, die der ritualisierten Form des parlamentarischen Politikverständnisses und seiner Funktionsweise geschuldet ist. So bediente sich die sächsische NPD-Landtagsfraktion bei der Inszenierung ihrer politischen Skandale gezielt der Formen und Rituale eben jener parlamentarischen Geschäftsordnung, die von ihr immerfort angeprangert wurden. Zudem ist der einzelne Abgeordnete, wenn auch bei der NPD bisher nur bedingt, in ein ganzes Geflecht von informellen politischen Verbindlichkeiten verwoben, in dem materielle Anreize und sozialer Prestigeerwerb des Abgeordnetenstatus eine Entfremdung von der Orthodoxie extrem rechter Weltanschauung bewirken können.

Und so vollzog sich die Integration der NPD in den Parlamentsbetrieb auch nicht ohne interne Widersprüche. Bereits kurze Zeit nach dem Einzug der Partei in den Dresdner Landtag klagten Kameraden von der Basis, dass die Mitglieder der Landtagsfraktion Privilegien in Anspruch nähmen, die dem nationalen Moralkodex nicht entsprächen, seien es nun schwere Autos, hohe Diäten oder Arbeitsstellen für Frau oder Freundin. Dies wurde vom Bewegungsflügel der extremen Rechten in Gestalt von **Christian**

**Worch** genüsslich als Beleg für die automatisch einsetzende Korruptierbarkeit der Abgeordneten gewertet. Wenn der frisch gebackene Chef der mecklenburg-vorpommerschen NPD-Landtagsfraktion, **Udo Pastörs**, in den Tagen nach dem Wahlerfolg seiner Partei eine "knallharte Opposition" ankündigt, wird das von Seiten der Parteiunabhängigen bei aller Faszination für die Macht skeptisch betrachtet.

### Strategischer Spagat

So gesehen vollführt die NPD mit ihrem "Drei-Säulen-Konzept" auch einen strategischen Spagat. Propagiert man in der Partei jahrelang den Primat des Kampfes um die Straße, so scheint man diesen inzwischen den Kameradschaften überlassen zu wollen. Eine sämtliche Aspekte des Drei-Säulen-Konzeptes gleichberechtigt integrierende politische Praxis umzusetzen, gelingt der NPD regional in unterschiedlichem Maße. Ausschlaggebend für die Realisierung papierner politischer Konzepte ist immer noch die vorhandene Basis an Kadern und Aktivisten. Und hier unterscheiden sich die Regionen erheblich. Im Rahmen der Diskussion um das "Befreite Zonen"-Konzept des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* wurden auch mehr "Bürgernähe" und eine kommunale Anbindung eingefordert. Darin sah man die Chance, Themen, Emotionen und Identitäten im vorpolitischen Raum der Hegemonie des bürgerlichen Parteienstaates zu entenden und langfristig so zu besetzen, dass dies die Voraussetzungen für einen Systemwechsel schafft. Dies alles dient dem Ziel, es im Verlauf einer "nationalen Revolution" nicht nur zu einer funktionalen Machtübernahme innerhalb einer Legislaturperiode zu bringen.

### Die weichen Themen besetzen

"Wie man mittlerweile feststellen konnte, stößt die NPD bei der Mitgliederentwicklung und bei den



Wahlergebnissen (...) auf Grenzen“, stellt **Frank Hölder** im NPD-Parteiblatt, der *Deutschen Stimme* fest. Er hält es daher für „überlegenswert, innerhalb des sogenannten ‚Drei-Säulen-Konzeptes‘ neue Wege zu beschreiten“. Seiner Analyse nach waren „die Demonstrationen der NPD gegen die Anti-Wehrmachtsausstellung richtig und wichtig“, sprächen aber immer nur einen bestimmten Kreis ohnehin bereits national eingestellter Personen an. Es gehe jedoch darum, mehr und andere Menschen zu erreichen und für die Politik der NPD zu gewinnen. „Warum also beim Kampf um Straße, Köpfe und Parlamente nicht einmal neue – vor allem auch sogenannte weiche – Themen aufgreifen?“, fragt er. 25 % habe eine unabhängige Wählergemeinschaft im nach Bochum eingemeindeten Wattenscheid bei der Kommunalwahl geholt, führt er aus. „Warum sollte also die nächste Demowelle nicht einmal gegen die Auslöschung lokaler Identitäten erfolgen?“, lautet seine Schlussfolgerung. Angst vor einem Profilverlust hat er dabei nicht: „Die harten Themen, für die die NPD bisher bekannt war, werden durch neue Strategien weder entwertet noch aufgegeben. Im Gegenteil: sie werden bei verbesserter Akzeptanz der NPD weitaus besser vermittelbar sein.“ Es geht hier also nicht darum, den lokalen Raum politisch zu gestalten, sondern mittels lokaler Politik mehr Menschen zu erreichen und diese an die Inhalte der NPD heranzuführen. Die politischen Gremien werden hier nur als Schaubühne betrachtet, auf der sich die NPD profilieren und präsentieren kann. Mit der Akzeptanz von demokratischen Ent-

scheidungsprozessen hat dieses nichts zu tun.

### Überlebte Regime entsorgen

„Sind Parlamente noch zeitgemäß? Lassen sich die vor uns liegenden Jahrhundertaufgaben mit Parteien und parlamentarischen Mehrheiten noch lösen? Oder waren Parlamente nicht vielmehr schon immer eine Fehlkonstruktion?“, fragt **Karl Richter**, parlamentarischer Berater der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, in einem Artikel für die Publikation *Hier & Jetzt* der sächsischen *Jungen Nationaldemokraten*. Daraufhin bemüht er alle Punkte einer rechten Parlamentarismuskritik. „Ineffizient“, „träge“, „reformresistent“, „verfilzt“ und „volksfern“ seien die bundesdeutschen Parlamente, „Quasselbuden“ eben. Und doch erkennt er ihnen zurzeit eine wichtige Funktion zu. „Das demokratische System mag viele Nachteile haben, doch einer seiner größten Vorzüge sind die verhältnismäßig kurzen Reaktionszeiten, mit denen sich gesellschaftliche Veränderungen in parlamentarischen Mehrheiten abbilden, Schief lagen und ungelöste Fragen zu neuen Mehrheiten führen.“ Allerdings geht es hier nicht um ein Korrigieren politischer Entscheidungen, nicht um Reform, sondern das Parlament ist nur ein Mittel: „Verbrauchte, überlebte Regime können so ungleich schneller und im Normalfall viel unblutiger entsorgt werden als unter totalitären Vorzeichen“, fährt Richter fort.

### Linke und rechte Parlamentarismuskritik

In der politischen Theorie der Extremismusforschung wird der völkische Antiparlamentarismus der extremen Rechten mit linker Kritik am bürgerlichen Parlamentsbetrieb gleichgesetzt. Sowohl historische Abhandlungen über das phasenweise Zusammenwirken von KPD und NSDAP in und außerhalb des Reichstages, als auch heutige lineare Vergleiche zwischen PDS und NPD dienen dem Ziel, linke Kritik am bürgerlichen Parlamentsbetrieb zu diskreditieren. Ohne Zweifel gab es zwischen der radikalen Ablehnung des parlamentarischen Systems durch den Syndikalismus und der des Faschismus Berührungspunkte. Die historische Tatsache, dass in der stalinisierten KPD bürgerliche Grundrechte nicht hoch im Kurs standen, ist heute weitgehend unstrittig.

Doch hinter der linken Kritiktradition am Parteienparlament im Spektrum zwischen Anarchismus, Rätekommunismus und Autoren der Neuen Linken wie **Johannes Agnoli** steht ein radikaldemokratischer Impuls, der auf eine egalitäre Teilhabe aller in der Polis zielt. Die Parlamentarismuskritik von rechts hingegen hat den autoritär verfassten Führerstaat zum Ziel, in dem das Parlament ganz aufgelöst oder zur Schaubühne degradiert wird. ★